

Angst vor der Gesundheitsreform



Mitglieder von zwei Selbsthilfegruppen haben den SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose (Dritter von links) gestern aufgefordert, gegen die Gesundheitsreform zu stimmen. Foto: jhf

Schmerzpatienten bei Hans-Ulrich Klose

Von Jan-Hendrik Frank

Harburg. „Die Versorgung chronisch Kranker verschlechtert sich durch die Gesundheitsreform“: Die hat Gabriele Thiess, Leiterin von zwei Harburger Selbsthilfegruppen für chronische Fasermuskelschmerzen (Fibromyalgie) gestern nach einem Gespräch mit dem Harburger SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose noch einmal klargestellt. Die 51-jährige und elf weitere Fibromyalgie-Kranke forderten Klose dazu auf, bei der für Freitag, 2. Februar, geplanten Verabschiedung der Gesundheitsreform im Bundestag mit Nein abzustimmen.

Viele für Fibromyalgie-Pati-

enten notwendige Medikamente seien seit der Gesundheitsreform 2004 aus dem Leistungskatalog der Kassen herausgefallen. „Unsere Rente reicht aber nicht, um die Arzneimittel selbst zu bezahlen“, klagte Selbsthilfegruppen-Mitglied Hannelore Manner. Die geplante Reform werde weitere Einschränkungen mit sich bringen, etwa den Zwang, den günstigsten Anbieter von medizinischen Hilfsmitteln in Anspruch zu nehmen. Als Ausdruck der Trauer über den Verlust des bestehenden Gesundheitssystems trugen Thiess und ihre Mitstreiter gestern schwarze Schleifen.

Klose sagte auf Anfrage, dass er sein Abstimmungsverhalten

zur Gesundheitsreform noch offen halte. Er wolle das Anliegen der Fibromyalgie-Gruppen aber aufnehmen und sich über das Krankheitsbild und die Versorgungssituation informieren. So werde er prüfen lassen, ob die für Fibromyalgie-Patienten wichtige Schmerztherapie im Umfang der zu verabschiedenden Reform enthalten sei.

Ein Problem sehe er vor allem in einem anderen Punkt: Nach der geplanten Gesetzesänderung sollen Kinder von gesetzlich versicherten Patienten langfristig durch Steuermittel versichert werden, die von Privatversicherten aber nicht. „Diese Ungleichbehandlung ist verfassungsproblematisch“, so der Jurist.